

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

älteste Zeitung des Bezirks

Amtsblatt

für die Amtshauptmannschaft, das Amtsgericht
und den Stadtrat zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Sechsgipflige Korpuszelle
1/2, außerhalb der Amtshauptmannschaft 1/3, im amtlichen Teil (nur von Behörden) bezw. 1/2. — Einzelanfertigung und Reklamen 1/2.

Bezugspreis: Vierteljährlich Mark ohne In-
tragen. — Einzelne Nummern
10 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3.
Gemeindevorstands-Girokonto Nr. 3. — Postfach-
konto: Leipzig 12548.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag: Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 103

Mittwoch den 5. Mai 1920

86. Jahrgang

Neue Zuderpreise.

Das Reichswirtschaftsministerium hat mit Verordnung vom 31. März 1920 (RGBl. S. 391) die Preise für Verbrauchsgüter erhöht. Es macht sich deshalb eine Neufestsetzung der Kleinhandelshöchstpreise für Zucker erforderlich.

Vom 8. Mai 1920 ab gelten bis auf weiteres die folgenden Kleinhandelshöchstpreise für Zucker:
für gemahlene Weizen I, Kristallzucker und gemahlene Raffinade 1,95 M. f. d. Pfund
• Ruder-Raffinade, Kompenszucker und Brobe 2,00
• Würfelzucker 2,05
• Randsüßer Art 2,50
Kleinverkauf ist der Verkauf unmittelbar an Verbraucher in der in offenen Läden üblichen Art.
Vorstehende Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes, betreffend Höchstpreise, vom 4. August

1914 und der dazu ergangenen Abänderungsverordnungen. Sie treten am 8. Mai 1920 an die Stelle der mit Verordnung vom 10. Februar 1920 (Nr. 34 der S. 4. Staatszeitung vom 11. Februar 1920) bekanntgegebenen Höchstpreise.
Dresden, am 30. April 1920. Reichswirtschaftsministerium, Landeslebensmittellamt.

Auf Blatt 11 des vom unterzeichneten Gericht geführten Genossenschaftsregisters, betreffend die **Weidengenoossenschaft Weidischcarsdorf, e. G. m. b. H.** in Weidischcarsdorf, ist heute eingetragen worden, daß die Satzung in § 17 Abs. 4 dahin abgeändert worden ist, daß die Berufung der Generalversammlung künftig durch die **Weißeritz-Zeitung** erfolgt.
Amtsgericht Dippoldiswalde, den 1. Mai 1920.
I A Reg. 30 b/20.

Derliches und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Nach siebenjähriger, durch den Krieg veranlaßter Pause wird der U. S. Verband des Vereins „Bild zu“ dieses Jahr wieder einen Verbandstag in Dippoldiswalde abhalten und mit dieser Tagung die Weize des Ehrenmales für seine gefallenen Mitglieder verbinden. Da nunmehr der Termin der Reichstagswahl feststeht, kann auch der Verbandstag festgelegt werden. Die Tage des 18. bis 20. Juni werden die U. S. die vielen liebgewonnenen Freunde der Bürgerstadt und Schule bei uns sehen. Man ist auch bereits eifrig mit den Vorbereitungen für das Fest beschäftigt, Einzelausschüsse sind gewählt worden und haben auch in sich die Tätigkeit schon aufgenommen. Ueber das Programm der Tagung werden wir später noch berichten, wenn es von der Leitung des U. S. Verbandes genehmigt worden ist. Die Arbeiten am Denkmal, das in Dippoldiswalder Sandstein hergestellt und unter Leitung und Aufsicht des Herrn Baumeister Frisch ausgeführt wird, schreiten rüstig vorwärts. Die Steinmetze und Bildhauerarbeiten sind nahezu beendet. Inzwischen hat vor der Mätkerschule auch mit dem Abstecken des Denkmalsplatzes und mit den Arbeiten für die gärtnerischen Anlagen begonnen werden können. Von einer besondern Feier der Grundsteinlegung ist Abstand genommen worden.

Am heiligen Dienstag legt Herr Schulhausmann Bohse sein Amt als Richter, das er 22 Jahre bekleidet hat, nieder. Bereits am Freitagabend, im Anschluß an die Richtervorstandssitzung überbrachten Herr Sup. Michael und Herr Detoniermeister Helde Herrn Bohse und seiner Frau den Dank des Richtervorstandes und der Kirchengemeinde für die langjährigen treuen Dienste und überreichte ihnen ein Geldgeschenk. Mit großer Gewissenhaftigkeit, Eifer und Würde hat Herr Bohse jederzeit seines Amtes gewaltet, und seine Frau hat ihm treulich zur Seite gestanden, ohne Ermüden, trotz immer größer werdender Arbeit im Schulhaus. So wird beiden gut tun, von einem Teil der Arbeit ruhen zu können. An Stelle des Herrn Bohse übernimmt am heiligen Tage Herr Herberichs Jöblich den Richter- und Widmerdienst. An ihn wolle man sich fortan mit allen Angelegenheiten wenden.

Am Samstagabend wurde und wurde in diesen Tagen die Arbeiterkassette einer hiesigen Fabrik. Einem Arbeiter war in einer Dresdener Klinik die Frau gestorben. Da ihm selbst die Ueberführungskosten zu hoch kamen, er aber gern das Grab seiner geliebten Frau auf hiesigem Friedhofe pflegen wollte, sammelten seine Arbeitsgenossen unter sich und unterstützten ihn mit einer ansehnlichen Summe.

Zu der für den 3. d. M. nachmittags 1/24 Uhr nach Ehenke Gasthofe in Schmiedeberg eintreffenden Versammlung der Unterhaltungs-Genossenschaft für die Rote Weißeritz hatten sich nur 11 Genossen mit einer Gesamtsumme von 28 440 eingetunden. Es wurde zunächst die auf das Jahr 1918 abgelegte und gepaßte Rechnung richtig gesprochen und Einverständnis damit erklärt, daß die Kassengeschäfte Herrn Spatzkassierers Wehner übertragen werden. Dem bisherigen Kassiermeister Herrn Gemeindevorstand i. R. Thiele in Schmiedeberg wurde für seine der Genossenschaft seit deren Begründung geleistete Tätigkeit Dank und Anerkennung ausgesprochen. Als Rechnungsprüfer für die 1919er Rechnung wurden die Herren Kaufmann Ernst Schmidt—Dippoldiswalde und Schmiedemeister Winter—Überndorf gewählt. Eingehende Berichterstattung erfolgte über die bis herige Tätigkeit des Vorstandes und über die seit der letzten Genossenschaftsversammlung vorgenommenen Arbeiten am Wasserlaufe und deren Kosten. An Arbeitsschritten sind bisher 64 133 M. 68 Pf. aufgewendet worden. Für die als Notstandarbeiten bewilligten Herstellungen sind darauf aus Reichs- und Staatsmitteln 14 200 M. zurückerstattet worden, sodas und 50 000 M. ungedeckt bleiben. Es wird erwartet, daß das eingereichte Gesuch um Uebernahme dieses Betrages auf den Staat erfolgreich sein wird. Der vom Vorstand aufgestellte Haushaltsplan für 1920 wurde genehmigt. Es werden auch diesmal wieder die Beiträge nach 10 Pf. für eine Einheit erhoben. Dies ist notwendig, um die Mittel für Verzinsung

und Tilgung des aufgenommenen Darlehens aufbringen zu können. Zugestimmt wurde auch dem Vorstandesbeschlusse wegen Gewährung erhöhter Vergütungen an die Vorstandsmittglieder bei Sitzungen und Besichtigungen.

Eine irrtümliche Auffassung knüpfte sich in weiteren Kreisen des Landes an die Bestimmung des Unterrichtsministeriums, daß der Religionsunterricht bis zur endgültigen Entscheidung der Reichsleitung den Kindern, die nach dem Willen der Erziehungsberechtigten daran teilzunehmen haben, weiter zu erteilen sei. In verschiedenen Gegenden des Landes hat man diese Weitererteilung des Religionsunterrichts von einer ausdrücklichen Willenserklärung der Erziehungsberechtigten abhängig gemacht und dazu öffentlich aufgefordert. Demgegenüber weist das Unterrichtsministerium in einer Verordnung (V.-Bl. Nr. 6 unter Nr. 73) ausdrücklich darauf hin, daß der Religionsunterricht nur dort wegzufallen hat, wo die Erziehungsberechtigten dies dem Schulleiter schriftlich erklären. Eltern, die die Weitererteilung des Religionsunterrichts an ihre Kinder wünschen, brauchen also darüber keine besondere Erklärung abzugeben. Das entspricht übrigens, wie die sächsische Kulturstelle feststellt, einer Entscheidung, die der Reichsminister des Innern vor einiger Zeit getroffen hat.

In dem am Freitag abgehaltenen Bezirkstag der Amtshauptmannschaft Dresden-U. kam auch der Haushaltsplan 1920 für die Bezirksanstalten Saalhausen zur Beratung. Derselbe erfordert einen Bedarf von 610 000 M. bei einem Fehlbetrag von 216 800 M. Für jeden Kopf der Inassen läßt der Bezirk, wie der Amtshauptmann mitteilte, 1000 M. jährlich zu; Verhandlungen zur besseren Ausnutzung der Anstalten seien im Gange. In der Aussprache beantragt Direktor Epiteler eine Erhöhung der Verpflegskosten und Verpflegung, um die getragenen Selbstkosten einigermaßen zu decken. Die Anträge wurden mit den Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt und der Haushaltsplan angenommen.

Auch aus der Amtshauptmannschaft Dippoldiswalde werden bezeichnend Pfleglinge in Saalhausen untergebracht.

Vorausichtlich können in etwa zwei Monaten von Hamburg aus wieder Auswanderer befördert werden. Zwar ist heute noch keinem Deutschen zu raten, in die Fremde zu ziehen; er geht unlagbaren Schwierigkeiten und Entbehrungen entgegen. Wagt aber trotzdem der eine oder der andere die Ausfahrt und kann er die ungeheuren Mittel zur Ueberfahrt und auch noch zur Ansiedelung wirklich aufbringen — ohne solche ist heute die Auswanderung unmöglich — dann lasse er sich wenigstens nicht von Schwindelstimmen und lägerischen Agenten betrogen, sondern wende sich an eine amtliche Auskunftsstelle (z. B. in Dresden-U., Pfaffenstraße 6, Zweigstelle des Reichsamts für deutsche Ein-, Aus- und Auswanderung) oder setze sich in Verbindung mit der ev. luth. Auswanderermission in Hamburg 13, Bahnhofsstraße 14. Dort erhält er unentgeltlich sichere Auskunft. Im Bezirk Dippoldiswalde vermittelt Herr Pfarrer Herz—Reichsstadt Auskunft als Vertrauensmann der Auswanderermission.

Kreisfest. Am Sonntag den 2. Mai fand in Blaschke Gasthof ein Wohltätigkeitskonzert zum Besten des Hilfsfonds des Einheitsverbandes für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene statt, das sehr gut besetzt war.

Dresden. Die amtliche Filmprüfstelle hat nach einstimmigem Beschluß die Vorführung des Films „Paradeure der Revolution“ wegen Gefahr der Aufreizung der Bevölkerungsschichten gegeneinander verboten.

Das endgültige Ergebnis der Volkszählung vom 8. Oktober 1919 in Sachsen liegt nunmehr vor. Hiernach betrug die ortsanwesende Bevölkerung 4 670 311 Personen, darunter 2 175 078 männliche und 2 495 233 weibliche. Dieses Ergebnis bestätigt aufs neue die Tatsache, daß sich die Bevölkerung Sachsens seit der letzten allgemeinen Friedensvolkszählung vom 1. Dezember 1910 um 1 363 350 Personen vermindert hat.

Mit der Kommunalisierung des Kraftfahrzeuggewerbes beschäftigte sich u. a. die letzte Stadtverordnetenitzung. Die Kraftfahrzeugbesitzer und der Rat haben die Kommunalisierung abgelehnt, sich jedoch an der Gründung einer säch-

schen Kraftfahrzeugengesellschaft beteiligt. Nach längerer Aussprache wurde beschlossen, von dem Ratsschreiben Kenntnis zu nehmen und den Rat zu ersuchen, zu gegebener Zeit eine Vorlage über die Kommunalisierung des Kraftverkehrswezens auszuarbeiten und den Stadtverordneten vorzulegen. Das Polizeipräsidium soll vorstellig werden, daß neue Konzessionen an Privatunternehmer für Kraftwagen nicht mehr erteilt und daß bei Neu- und Erweiterungsbauten von Straßenbahnhöfen, Feuerwachen usw. Autogaragen errichtet werden.

Freiberg. Der Kleingeldmangel ist trotz der Prägung von Scheidemünzen aus Eisen, Zink und Aluminium durch das Hamleten aller Metallmünzen so empfindlich geworden, daß sich die Stadtverwaltung genötigt sah, Pfennigstücke herstellen zu lassen.

Waldheim. Die Stadtgemeinden Hartz, Leisnig und Waldheim haben sich zu einem Gemeindeverband vereinigt, der den Namen „Ferngasverband Leisnig“ führt. Der Verband bezweckt den Betrieb und die Unterhaltung eines gemeinsamen Gaswerkes in Leisnig.

Wittweida. Eine Trauung nach mohammedanischer Art fand hier im Saale des „Deutschen Hauses“ statt. Das Brautpaar war die Tochter des verstorbenen Konditoreibeherrers Bürger und Herr Hälssän Hälssän Muhsiddin aus Smyrna. Die Trauung vollzog Herr Hälssän Schälzi, der Obergeistliche an der türkischen Moschee in Berlin. Die Amtstracht des Geistlichen, ein persönliches Geschenk des Sultans, war außergewöhnlich prächtig und erregte allgemeines Aufsehen.

Zwickau. Nach schwerer, anstrengender Arbeit der Rettungs-

mannschaften sind bisher 4 der 9 eingeschlagenen Bergleute als Leichen in jährellich entstelltem Zustande geborgen worden. Hitze und Gas hatten auf die Körper so gewirkt, daß sie nicht wiederzuerkennen waren. An Lampenummern und Kleidungsstücken mußte die Identität festgestellt werden.

Erster deutsch-evangelischer Gottesdienst in Rom nach dem Friedensschluß.

Am dem stillen, stolkollen Straßenzug der Via Sicilia, so lesen wir in einem „ödmischen Brief“, liegt die protestantische Kirche mit ihren schlichten weißen Marmormauern. Sie ist unverfehrt; aber ihre große Eingangstür ist fest vermauert. Das ist wohl nötig gewesen, um sie in den Tagen blinder Leidenschaften vor dem Pöbel zu schützen. Die schändliche Tarnfärbung war von frechen Suben Händen bestrahlt, mit Säuren auf den „deutschen Gott“. Die Räume des sich anschließenden Gemeindehauses haben in der Kriegszeit als Kaserne gedient. Jetzt ist von dem in Rom beschlagnahmten gewesenen deutschen Eigentum zuerst die Kirche von der italienischen Regierung freigegeben worden. Eine schlichte, aber um so feierlichere Zeremonie war es, mit der kürzlich das deutsche Gemeindehaus wieder eröffnet wurde. Obwohl sie im Gemeindehaus stattfand und auf jeden Bruch verzichtete, ergriff sie doch die Anwesenden um so tiefer. Denn zum erstenmal nach dem Kriege versammelten sich die in Rom weilenden Deutschen wieder zur gemeinsamen Andacht, nur die Gedanken, die dabei ins ferne Vaterland eilten, waren so verschieden von einst. Und dennoch überdante alle überstandene Bangnis zum erstenmal wieder die Hoffnung und das Vertrauen auf die Zukunft, die hier nach langen Jahren gemeinsamen Boden gefunden hatte. Viele alte Bekannte, die sich eine Ewigkeit nicht mehr gesehen hatten, drückten sich die Hände in dem Bewußtsein, nun zusammen von neuem beginnen zu müssen. Erhöhenen Herzens verließen sie das Gotteshaus — im Herzen voll unerlöschlichen Glaubens an die Zukunft.

Die „Sänderung“

in den höheren preussischen Regierungsstellen.

Aus Berlin wird berichtet: Infolge der Beteiligung (?) am Rapp-Bußch sind bereits heute in Preußen 32 Landräte, 2 Oberpräsidenten und 4 Regierungspräsidenten aus ihren Ämtern entsetzt worden. Die Maßregelungen sind damit noch nicht abgeschlossen, da die Beratungen im Staatsministerium fort dauern.

Hier dürfte es sich nicht um sogenannte Rapp-Beute handeln, sondern um Beamte, die wegen ihrer politischen Gesinnung der jetzigen Regierung nicht mehr genehm sind.

Brief aus der Reichshauptstadt.

Berlin, 1. Mai 1920.

Vollkommene Verkehrseinstellung am 1. Mai! Nicht nur Straßenbahn und Hochbahn streifen, sondern auch die Stadt-, Ring- und Vorortbahnen stehen still. Die Eisenbahner haben sich zur Betriebs Einstellung entschlossen, weil die vorjährigen Betriebsstörungen geübt haben, daß der Betrieb der Stadtbahn wegen der maßlosen Ueberfüllung ohne größere Gefahren für die Sicherheit der Reisenden nicht aufrecht zu halten ist. Die Eisenbahnbeamten glauben daher die ihnen nach der Betriebsordnung zufallende Verantwortung nicht tragen zu können.

Durch diesen Beschluß war die Rahmlegung des wirtschaftlichen Lebens am „Maifeiertag“ vollendet. Die vollkommene Verkehrseinstellung hat selbstverständlich auf die Geschäftstätigkeit stark zurückgewirkt. Die Kaufhäuser und Geschäfte wollten den Betrieb wenigstens in den Vormittagsstunden aufrecht erhalten. Auch daraus ist nun nichts geworden. Bei den großen Entfernungen, die die Arbeitswilligen von ihrer Wohnung bis zu den Arbeitsstätten zurücklegen haben, war es vielen Gegnern des Maifeiertages einfach unmöglich, zur Arbeit zu erscheinen. Zahlreiche Geschäfte, selbst auch Lebensmittelgeschäfte, blieben überhaupt geschlossen. Wie lang haben doch viele Hausfrauen gehandelt, daß sie ihre Wocheneinkäufe diesmal schon am Freitag erledigt haben. In vielen Stellen war jedoch auch das nicht möglich, da die Belieferung der Geschäfte durch die Gemeinde nicht rechtzeitig erfolgt war. Die Gastwirtschaften und Restaurationen waren fast durchweg geschlossen. Sie machten das beste Geschäft, denn der Abstrom der „feiernden“ Arbeiter in der Umgegend Berlins war ja durch die völlige Verkehrsruhe unmöglich gemacht. Die geplanten Maifeiern und Frühlingsfeste in der freien Natur mußten ausfallen, da hat man eben den 1. Mai in der nächsten Stunde gefeiert. Der Besuch der Theater, von denen die Mehrzahl gerade am 1. Mai den Sommerplan begonnen hat, ließ sehr zu wünschen übrig, desto besser war das Kino, des „Theater des kleinen Mannes“, besucht. Überall stand man Polonaise, Männlein und Weiblein, bis man glücklich an der Kasse das immerhin auch hier ziemlich hohe Eintrittsgeld einschließlich Zuschauerssteuer, los wurde und die „Kunst“ in der Fällmerrunde genießen konnte.

Die politischen Feiern haben sich durchweg im Rahmen der vorjährigen Maifeiern gehalten. In der üblichen Weise fanden am Vormittag eine große Anzahl von Versammlungen in Sälen und im Freien statt. Mehrheitssozialisten, Unabhängige und Kommunisten begingen ihre Feiern auch diesmal getrennt. Abgeordnete und Parteiführer hielten die üblichen Festreden und Ansprachen. Am Nachmittag fanden in den großen Brauereihallen Volksfeste statt, an denen sich auch die verschiedenen Arbeitervereine beteiligten. Für die Gewerkschaftsmittglieder wurde im Renthaltheater sogar ein Konzert abgehalten, bei dem der zur Zeit in Berlin gastierende ukrainische republikanische Volkstanzchor mitwirkte. Doch auch auf diese Feiern hat der Verkehrsstreik zurückgewirkt.

In diesen Tagen hat die Stadt Berlin aufgehört zu existieren. An ihre Stelle ist die neue Stadtgemeinde Berlin getreten. Diese wird die früher unter Großberlin zusammengefaßten Stadtgemeinden Berlin, Charlottenburg, Köpenick, Lichtenberg, Neukölln, Schöneberg, Spandau und Wilmersdorf, sowie 55 Landgemeinden und 23 weitere Ortsbezirke usw. der Kreise Teltow, Niederbarnim und Osthavelland umfassen mit einer Bevölkerung von rund 4 Millionen Seelen, beinahe so viel Einwohner, als Dänemark und Norwegen zusammen zählen. Über 20 Kilometer im Umkreis laufen die Grenzen der neuen Reichshauptstadt.

Zahlreiche Baudungen und Seen liegen jetzt im Wasserkreis der Stadt Berlin. Der größte Teil der umfangreichen südlichen Rieselfelder gelangt nun mit dem Grunewald, dem Tegeler See, dem Tegeler Forst, den Müggelbergen, dem Teltower Kanal, sämtlichen Wasser-, Gas- und Elektrizitätswerken zu Berlin.

Mit der früheren Selbstverwaltung ist es natürlich in diesem vergrößerten Berlin vorbei. Eine Gemeinde mit rund 4 Millionen Einwohnern kann unmöglich so verwaltet werden, wie eine kleine Stadt. Nach dem Gesetz sollen 14 Verwaltungsbezirke mit eigenen Verwaltungsorganen, Stadtverordnetenversammlungen, Bürgermeistern und besonderen Verwaltungsaufgaben errichtet werden, unter der Leitung einer Zentralinstanz, bestehend aus Magistrat und Stadtverordneten (225). Wenn die Selbstverwaltung des alten Berlin schon mit großen Schwierigkeiten verbunden war, so wird es jetzt in der 4 Millionenstadt sicherlich nicht besser werden. Die Interessen aller Stadtteile unter einen Hut zu bringen, ist fürwahr nicht leicht.

Der 1. Mai.

Allgemeine Verkehrsruhe in Berlin.

Trotzdem die gesetzgebenden Körperschaften es abgelehnt haben, den 1. Mai als staatlichen Feiertag zu erklären, zeigt Berlin am Sonnabend ein ganz feierliches Bild. Da sich die Angestellten der Verkehrsinstanzen und die Eisenbahner für die Maifeier erklärt hatten, ruhte jeglicher Verkehr. Die Schulen blieben geschlossen. Einzelne Vorortgemeinden hatten allerdings angeordnet, daß der Schulbetrieb aufrecht erhalten bleiben soll, doch war der Besuch der Schulen auch dort nur ein sehr mangelhafter.

Im Geschäftsviertel war das gleiche Leben wie an den Werktagen; soweit die Angestellten nicht allzu große Strecken zu Fuß zurücklegen hatten, waren sie größtenteils erschienen. Die Fleischergeschäfte und auch andere Lebensmittelgeschäfte hielten geschlossen; wem Beispiel folgten die Detailgeschäfte schon deshalb, weil sie mit Rücksicht auf die mangelnde Fahrgelegenheit einerseits ihren Angestellten nicht zumuten wollten, den oft weiten Weg in das Geschäft zu Fuß zurückzulegen, andererseits wohl auch nicht auf einen nennenswerten Umsatz an diesem Tage rechneten. Die Post hatte nur Sonntagsdienst eingerichtet. Nur die Gast- und Kaffeekäuser blieben in vollem Umfange in Be-

trieb. Die von den sozialistischen Parteien aller drei Richtungen am Vormittag in allen Stadtteilen und Vororten Berlins abgehaltenen Kundgebungen waren durchweg sehr stark besucht.

Im Reich
war in einzelnen Freistaaten (Baden, Braunschweig, Lippe, Anhalt u. a.) der 1. Mai zum offiziellen Feiertag erhoben worden. Die Schulen blieben geschlossen. Die Behörden hatten Sonntagsdienst. In Sachsen-Weimar hatte die Staatsregierung den 1. Mai ebenfalls zum Feiertag erklärt, um die Bedeutung des Zusammenschlusses der thüringischen Staaten hervorzuheben. In Bayern wurde der Eisenbahnverkehr wie an sonstigen Werktagen aufrechterhalten. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet herrscht an vielen Orten Arbeitsruhe. Nur die Notstandsarbeiten wurden verläßt. In Oberschlesien wurde der 1. Mai von der sozialistischen Arbeiterschaft festlich begangen, zumal von der Interalliierten Kommission in Oppeln bekanntgegeben worden war, daß von ihrer Seite der Maifeier kein Hindernis im Weg gelegt werden wird.

Die Maifeier im Auslande.
Die Tschecho-Slowakei hat den 1. Mai zum allgemeinen Staatsfeiertag erklärt. In Sowjet-Rußland dagegen wurde eine allgemeine sechsständige Arbeitspflicht angeordnet. Im Vereinigten Königreich von Großbritannien wurde der 1. Mai in einem bisher nicht dagewesenen Umfange gefeiert. Fast alle Betriebe mit Ausnahme der lebenswichtigen blieben geschlossen. In Paris erschienen am 1. Mai keine Zeitungen. In ganz Frankreich begann am Freitagabend der allgemeine Eisenbahnstreik. Der ganze Verkehr ruht.

Die Maifeier.

Mühsamer Verkauf des 1. Mai.

Die Maifeier in Groß-Berlin ist ohne Zwischenfälle verlaufen. Vormittags hielten sämtliche vier Arbeiterparteien Massenversammlungen ab, zu denen sie sich teilweise in geschlossenen Zügen bewegten. Die Mehrheitssozialisten hatten 12 stark besuchte Versammlungen nach Lokalen einberufen, während die Unabhängigen ihre Kundgebungen unter freiem Himmel abhielten. Der Aufstrom war außerordentlich stark. Die beiden kommunistischen Gruppen Spartakusbund und kommunistische Arbeiterpartei veranstalteten gleichfalls Massenversammlungen. In sämtlichen Versammlungen beschäftigten sich die Redner mit der politischen Lage und den kommenden Wahlen, und es wurden dementsprechende Entschlüsse angenommen. Nachmittags wurden sowohl von den Mehrheitssozialisten als von den Unabhängigen Volksfeste in verschiedenen Gartenlokalen abgehalten. Zu Aufstellungen kam es nirgends.

Auch im Reich ist der 1. Mai nach den vorliegenden Meldungen aus Düsseldorf, Essen, Magdeburg, Halle, Leipzig, Königsberg, Hamburg, München usw. überall von den sozialistischen Parteien ohne Störung von Ruhe und Ordnung gefeiert worden.

Massenverhaftungen in Paris.

In Paris dagegen ist es anlässlich der Maifeier wiederholt zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen. Über 100 Polizeibeamte wurden verwundet und 103 Personen verhaftet. Nach dem gemäßigten sozialistischen „Soir“ sollen vier Personen getötet worden sein. Die sozialistischen Abgeordneten Alexandre Blanc und Bailant-Couturier gerieten in eine Kundgebung hinein. Jener wurde verwundet, dieser erlitt einige Hautabschürfungen. Gegen beide soll eine Strafverfolgung wegen Widerstandes gegen die bewaffnete Gewalt eingeleitet werden. Vom Eisenbahner-Ausstand merkte man bis jetzt wenig. Angehört sind durchschnittlich 10 Prozent der Eisenbahner ausständig, in Paris von 45 000 Angestellten gegen 13 000. Der Verwaltungsrat des Allgemeinen Arbeiterverbandes hat beschlossen, die Bergarbeiter, die Dockarbeiter und die Eingeladene der Handelsmarine zum Ausstand aufzurufen, und sich mit der durch die Eisenbahnerbewegung hervorgerufenen Bewegung solidarisch erklärt.

In England waren aus Anlaß des 1. Mai Tausende von Fabriken und Werkstätten geschlossen. Die Bauarbeiten ruhte, die öffentlichen Dienste blieben ungestört.

In Holland ist der 1. Mai in üblicher Weise durch Versammlungen und Umzüge gefeiert worden, ohne daß es zu irgend welchen Zwischenfällen gekommen wäre.

In der Schweiz fanden zahlreiche Arbeiterumzüge und Versammlungen statt; sie verliefen alle ohne Zwischenfälle wie in ganz Ungarn ist der 1. Mai in Ruhe und Ordnung verlaufen. Auch in Amerika kam es zu keinerlei ernstlichen Störungen. Beamte der Bundesbehörden, Privatdetektive und Polizisten bewachten den ganzen Tag über die öffentlichen Gebäude sowie die Wohnungen und Geschäftsräume der Milionäre.

Polenkravalle in Oberschlesien.

Blutige Zusammenstöße zwischen Deutschen und Polen.

Am Sonntag fanden in ganz Oberschlesien anlässlich des polnischen Nationalfeiertages große polnische Demonstrationen statt. Auch Haller-Soldaten in Uniform nahmen in größerer Anzahl an den Umzügen teil. In Ratibor zogen einige tausend Polen, fast durchweg vom Lande, darunter auch Haller-Soldaten in Uniform, mit polnischen Fahnen und Abzeichen durch die Straßen.

Die deutsche Bevölkerung, durch das provozierende Verhalten der Polen in ihren Gefühlen auf das Heftigste verletzt, verlangt die Entfernung der polnischen Heeresabzeichen, gestützt auf die Verordnung der interalliierten Kommission in Oppeln, die das Tragen von Hoheitsabzeichen der beiden beteiligten Staaten in Oberschlesien verbietet. Die Polen widersetzten sich diesem Verlangen mit Gewalt. Es kam zu heftigen blutigen Zusammenstößen, auf beiden Seiten gab es eine größere Anzahl von Schwer-

und Leichtverletzten, insbesondere würden auch mehrere Angehörige der Sicherheitswehr von den Polen schwer mißhandelt. Die Polen veranstalteten vor dem Sitz der Kommission eine Kundgebung, die damit endete, daß die Polen die verbotenerweise mitgeführten Fahnen und Abzeichen ablieferten mußten. Die gesamte Bevölkerung Ratibors, insbesondere auch die Arbeiter, fühlt sich durch das anmaßende Verhalten der Polen in ihrer Sicherheit schwer bedroht. In der Stadt herrscht außerordentliche Erregung.

In Oppeln, wo die Polen ebenfalls einen Umzug geplant hatten, besetzte die Oppelner Bevölkerung die Zugangsstraßen zur Stadt, um diesen Umzug zu verhindern. Als die Polen in den Nachmittagsstunden anrückten, kam es am Landgerichtsgebäude zu heftigen Zusammenstößen. Die Polen wurden hierbei in die Flucht geschlagen. Bis jetzt wurde ein Toter und zahlreiche Verwundete gemeldet. Mehrere Verhaftungen sind vorgenommen.

Blutige Schlägereien in Anzigshütte.

Zu schweren Ausschreitungen kam es zwischen Bärenhof und Bismarckhütte. Ein von einem polnischen Demonstrationstrupp heimkehrender Trupp begegnete einer größeren Anzahl Ausflügler, die Mandoline spielten. Die Demonstranten riefen: „Es lebe Polen!“ und schwenkten die mitgeführten polnischen Fahnen, worauf einer der Mandolinspieler anrief: „Deutschland, Deutschland aber alles“ zu spielen. Die übrigen Spieler stimmten in das Lied mit ein. Dies konnten die Polen nicht vertragen. Die Bauernburshen, die hoch zu Ross waren, sprengten in die Schar harmloser Mandolinspieler hinein und verprügelten sie mit schweren Eisenstäben. Es kam dann zu einer blutigen Schlägerei. Die Mandolinspieler wurden von den berittenen polnischen Fanatikern bis nach Bismarckhütte und Adolphshaus zurückgejagt. Selbst bis in die Häuser hinein wurden die Ausflügler verfolgt und mit Stockschlägen traktiert.

Wahlerlaß des Reichspräsidenten.

Hauptwahlen zum Reichstag am 6. Juni.

Der Reichspräsident hat durch Verordnung vom 30. April die Hauptwahlen zum Reichstag, wie angekündigt, auf den 6. Juni anberaumt. Die Wahlzeit hat er auf Grund der Ermächtigung des Reichswahlgesetzes bestimmt, daß in ganz Ostpreußen, in ganz Oberschlesien und in ganz Schleswig-Holstein sowie in dem der Abstimmung unterliegenden Teil des Kreises Raminiau die Wahlen aufgeschoben werden. Die Bestimmung des Wahltages für diese Reichsteile bleibt vorbehalten. Die Wahlen in Ostpreußen und Oberschlesien werden erst nach erfolgter Volksabstimmung, die Wahlen in Schleswig-Holstein erst dann stattfinden, wenn die Grenze gegenüber Dänemark feststeht. In den Reichsteilen, in denen die Wahlen aufgeschoben sind, haben alle Vorbereitungen voreist zu unterbleiben. Der Reichsminister des Innern wird feinerzeit bestimmen, wann dort diese Wahlvorbereitungen in Angriff genommen werden können.

Die Reichsregierung an die Abstimmungsgebiete.

Reichspräsident und Reichsregierung erlassen einen Aufruf an die Deutschen in Oberschlesien, in Ostpreußen, in Schleswig-Holstein, in Eupen und Malmedy und im Saargebiet, in dem sie darauf hinweisen, daß wenn die Bevölkerung in den Abstimmungsgebieten am 6. Juni nicht zur Wahl schreiten könne, sie doch nach wie vor mit der deutschen Volksgemeinschaft verbunden bleibe. Der Aufruf schließt:

„Das Recht, Männer und Frauen Eures Vertrauens in den deutschen Reichstag zu entsenden, wird Euch zu teil werden, sobald die Hinderungsgründe nicht mehr bestehen. Bis dahin gelten die für diese Bezirke in die Nationalversammlung entsandten Vertreter als Abgeordnete des Reichstags. Die harten Bestimmungen des Friedensvertrages machen in Eupen, in Malmedy und im Saargebiet eine Wahl unmöglich. Die deutsche Heimat gibt diese Gebiete nicht preis. Den Gründern und den Schwörern in diesen hart bedrängten Gebieten verspricht die Heimat feierlich, auch wenn sie im Reichstag nicht vertreten sind, daß sie für ihre Sorgen, Klagen und Schmerzen stets ein aufmerksames Ohr haben wird.“

Die Wahlrechtsordnung vom Reichsrat angenommen.

In der letzten öffentlichen Sitzung des Reichsrates wurde dem Entwurf einer Reichswahlordnung zugestimmt. Die Bestimmungen über den Wahlschein sind dahin erweitert worden, daß Personen, die durch ein körperliches Leiden behindert sind, die Möglichkeit gewährt wird, einen Wahlschein zu erhalten und somit auch in Krankenhäusern Wahlen ermbächtigt werden. Die Länder sollen lediglich besetzt sein, die Stimmzettel amtlich herzustellen und nachzunehmen mit den Parteien zu vertellen. Die Berechnung der Parteien für die Verteilung der Stimmzettel hat zum Selbstkostenpreis zu erfolgen.

Wahlaufruf der Zentrumspartei.

Der Reichsparteivorstand der deutschen Zentrumspartei wendet sich in einem längeren Wahlaufruf an die Anhänger und Freunde des Zentrums. Ueber die Notwendigkeit der Bildung einer Regierung auf dem Boden der Koalition heißt es in dem Aufruf: „Der Wiederaufbau von Staat und Wirtschaft, diese Aufgabe von entscheidender Tragweite, war nur möglich auf dem Boden der Koalition. Eine Mehrheit des Zentrums mit den Parteien der Rechten war nicht gegeben und eine Regierung ohne die Beteiligung der Mehrheitssozialisten wäre aus äußeren und inneren Gründen unmöglich gewesen. Zur Wiederherstellung der Ordnung bedurfte es der tätigen, aufbauenden Mitwirkung der Arbeitermassen in Stadt und Land. Ebensovienig war die Mitarbeit derjenigen bürgerlichen Kreise zu entbehren, die sich zur Demokratie bekennen. Eine rein sozialistische Regierung mußte naturgemäß in die Abhängigkeit der äußersten Linken geraten. Nur wer auf den völligen Zusammenbruch spezialisierte, konnte das wollen. Für den deutschen Reichstag ein unverantwortliches Waagnis! Eine Koalition

...sowie Zentrum wären weder die Sozialdemokraten, noch die Demokraten eingegangen. War schon eine Koalition nötig zur Rettung Deutschlands, so zwingt uns außerdem die Rücksicht auf unsere kulturellen Interessen zum Beitritt. Koalition aber bedeutet KonzeSSION, bedeutet Verständigung auf einer mittleren Linie. Keine der beteiligten Parteien kann dabei ihr Parteiprogramm durchsetzen. Man konnte sich nur auf ein gemeinsames Regierungsprogramm zwecks politischer Arbeitsgemeinschaft einigen. Heute bestehen selbst weite Kreise der Rechten die Unvermeidlichkeit der Koalition offen zu."

Der Aufruf der Deutschnationalen.

Nur gleichen Stunde wendet sich die Deutschnationale Volkspartei mit einem Wahlauftrag an die „deutschen Männer und Frauen“. In dem Aufruf heißt es unter anderem:

„Am Wahltage gilt es Einspruch zu erheben gegen die das Volk unseres Volkes verheerende Miswirtschaft, gegen die verfassungswidrige Entziehung weiter Volksteile, gegen die tatsächliche Begünstigung des Volkswelwus durch eine rückwärtsstehende Parteiregierung!“

Drei „Fragen“ in Spa.

Besprechungen zwischen Millerand und Lloyd George.

Wie der Londoner Korrespondent des „Temps“ mitteilt, hat ihm eine Persönlichkeit aus der unmittelbaren Umgebung Lloyd Georges berichtet, der deutsche Kanzler müsse in Spa die folgenden drei Fragen beantworten:

1. Warum hat Deutschland so oft den Vertrag verletzt?
2. Wie will es dem in Zukunft vorbeugen?
3. Welches sind die wirklichen Quellen, über die Deutschland verfügt, und welches sind seine Zahlungsmöglichkeiten?

Der Eindruck der englischen Regierung, der sich auf verschiedene Berichte, die sie aus Deutschland erhalten habe, stütze, sei, daß die Regierung von Berlin sich loyal bemühe, alles zu tun, was ihr möglich sei, um den Friedensvertrag auszuführen. Man glaube in London, daß die Regierung von Berlin jede Hoffnung aufgegeben habe, den Friedensvertrag zu revidieren angesichts der Willensfreiheit der Alliierten nach dieser Richtung.

Die internationale Finanzkonferenz, die vom Völkerbund für Ende Mai nach Brüssel einberufen werden sollte, wird infolge der Zusammenkunft in Spa verschoben werden.

Wie „Petit Parisien“ meldet, ist es sehr wahrscheinlich, daß vor der Konferenz von Spa eine oder zwei Beratungen zwischen Lloyd George und Millerand stattfinden. Das Blatt glaubt zu wissen, Millerand werde sich demnächst auf 48 Stunden nach London begeben.

Bisher hatte die französische Presse die Einladung nach Spa mit allen Mitteln bekämpft. Man kann es daher verstehen, daß sie jetzt nach der Eingung der Alliierten die Einladung in Spa in milderem Lichte erscheinen lassen möchte. Aus dem Grunde stellt der „Temps“ es so dar, als ob der deutsche Kanzler zu einem „Verhöre“ nach Spa kommen soll, um sich zu rechtfertigen. Welchen Zweck die von Rittig vorgeschlagene und auf Lloyd Georges Zustimmung erfolgte Einladung hat, konnte man erst dieser Tage aus der Unterhausrede Lloyd Georges entnehmen, die ganz andere Gründe für die Einladung der deutschen Regierungsdirektoren nach Spa anführt. Der Kanzler wird nicht als Angeklagter nach Spa zitiert, um die Frage zu beantworten, warum Deutschland so oft den Friedensvertrag verletzt habe, sondern weil die Alliierten seine Vorschläge entgegennehmer und mit ihm über die Frage der Entwaffnung und der Reichswehrstärke und vor allem über die Frage der Wiedergutmachung verhandeln wollen. Daß Millerand und Lloyd George vor Beginn der Spaer Konferenz noch einige Besprechungen haben werden, ist nichts Ungewöhnliches.

Rundschau im Auslande.

Italienisches Militär hat die österreichischen Flugplätze Aspern, Wiener Neustadt u. a. besetzt und das dort befindliche Flugmaterial beschlagnahmt.

Die Staatsschuld Groß-Rumänien ist durch den Krieg auf 30 Milliarden gestiegen. Davon sind für die von Rumänien und Oesterreich-Ungarn annektierten Gebiete 20 Milliarden an Schulden mit zu übernehmen gewesen.

Die französische Kammer hat die Beratung der Steuererhöhung beendet und in der Endabstimmung mit 535 gegen 69 Stimmen Steuern im ungefähren Betrage von 2 1/2 Milliarden bewilligt.

Churchill teilte im englischen Unterhause mit, daß bei den Anriechen in Jerusalem ungefähr 250 Personen getötet oder verwundet wurden, davon 90 Prozent Juden.

6000 Volkswelwisten sind in Werbetzhan (Nordbayern) eingedrungen und rücken gegen Waku am Rapschen Meer vor.

Der schweizerische Ständerat lehnte die Besteuerung der ausländischen Warendepots ab.

Die Regierung der kürzlich von der Entente anerkannten Republik Werbeidshan (Sibirien) ist gerührt und eine Sowjetrepublik errichtet worden, die ein Bündnis mit Rußland abgeschlossen hat.

Frankreich: Der neue Eisenbahnerstreik.

Der letzte Eisenbahnerstreik hatte die alte Zentralleitung gekürzt wegen des Miasmas des letzten Ausstandes. Es wurde eine neue Zentralleitung aus Extremisten gebildet. Darauf nahm der Kongress mit schwacher Mehrheit eine Tagesordnung an, worin im Grundsatze der Streik gebilligt wird. Vom 1. Mai ab wird der Generalstreik auf allen Linien durchgeführt werden. Der neue Ausstand ist jedoch noch schlechter vorbereitet als der vorige Streik. Jedoch einigermaßen festen Haltung der Regierung dürfte der Ausstand glücklich scheitern.

England: Der ungenügende Völkerbund.

Wie aus London gemeldet wird, sagte in der Unterhausdebatte Asquith u. a., es sei notwendig, daß in allen Ländern mit der Entwaffnung begonnen werde. Die Zeit komme heran, wo der Oberste Rat sich auflösen müsse und die Weiterarbeit am Wiederaufbau der Welt vom Völkerbunde überlassen werden müsse. Lloyd

George erklärte: Was jetzt reicht der Völkerbund noch nicht aus. Unter den jetzigen Verhältnissen sind die drei alliierten Großmächte die einzigen, die den weiteren Bau am Friedenswerk fördern können.

Polen: Die polnisch-ukrainische Offensive.

Wie Reuters aus Warschau meldet, haben die Polen bei ihrem Siege über das 12. bolschewistische Heer 15 000 Gefangene gemacht. — Das amtliche Organ der Bolschewisten, die „Pravda“, schreibt zu dem polnischen Vormarsch in der Ukraine: Die polnischen Imperialisten weigern sich hartnäckig, einen Waffenstillstand abzuschließen. Die polnischen Truppen haben einen Angriff auf der ganzen Front mit bedeutenden Kräften begonnen. Die polnische Regierung ist ein Bündnis mit Belsura gegen Rußland und die Ukraine eingegangen, um sich der Provinzen Wolhynien, Podolien und Kiew zu bemächtigen. Der polnische Vorstoß muß schon im Anfang gedrohen werden, sonst werden große Gebiete Sowjetrußlands von neuem der Herrschaft der polnischen Weisgardisten ausgeliefert. Der militärische Mitarbeiter desselben Blattes schreibt: Auf der Südfront haben die Polen einen Vormarsch auf einer Front von 300 Meilen von Borutal bis zum Dniester begonnen.

Schweden: Kronprinzessin von Schweden.

Die Kronprinzessin Margarete von Schweden ist am Sonnabend gestorben. Die Kronprinzessin war vor kurzem an Gesichtskrankheit erkrankt. Daraus entwickelte sich eine Blutvergiftung, die zum Tode führte. — Kronprinzessin Margarete war als Tochter des Herzogs von Connaught am 15. Januar 1882 geboren und schloß mit dem damaligen Prinzen, jetzigen Kronprinzen Gustav Adolf am 15. Juni 1905 die Ehe, aus der vier Söhne und eine Tochter entsprossen sind. — Der Hof hat für drei Wochen Hoftrauer festgesetzt.

England: Hunger und Wiedergutmachung.

In seiner Unterhausrede über San Remo erklärte Lloyd George zur Lage in Deutschland: Nach dem englischen Offiziere herrsche in Deutschland Hungernot; in manchen Landesteilen erhalte die Bevölkerung nur ein Drittel bis die Hälfte der zur Erhaltung des Lebens notwendigen Kalorien. Die Bevölkerung lebe ausschließlich von Pflanzenkost, noch dazu von solcher ohne Nährwert. Hier liege die Hauptschwierigkeit der deutschen Regierung. Die Wiedergutmachung, meinte Lloyd George werde möglich, sobald Deutschland nicht mehr hungere. Es habe eine Bevölkerung von 60-70 Millionen Intellektueller und sehr geschickter Menschen, darunter geübter Handwerker und Leute, die alle Kräfte der Wiedergutmachung beherrschten. Deutschland werde sich erholen. Jetzt wolle man von Deutschland wissen, wie es seine Verpflichtungen erfüllen wolle. Er möchte recht klar zum Ausdruck bringen, daß die deutschen Delegierten mit einem bestimmten Vorschlag nach Spa kommen müssen. Wenn sie kommen als Leute, die auf der Grundlage des Friedensvertrages geschäftlich verhandeln wollen, so dürfen sie sicher sein, daß alle ihre Vorschläge eine ehrliche, unparteiische und gerechte Erwägung finden werden.

Amerika: Die Friedensresolution v. amerikanischen Senat.

Die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten brachte am Freitag einen Gesetzentwurf ein, welcher die Beendigung des Kriegszustandes zwischen den Vereinigten Staaten einerseits und Deutschland und Oesterreich andererseits bezweckt. Dieser Entwurf steht im Gegensatz zu einem anderen Gesetzentwurf der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses. Alle republikanischen Mitglieder der Senatskommission stimmten dem Beschlusse zu, während die demokratischen dagegen waren. Über diesen Gegenstand wird nächste Woche eine Debatte entzweit. In zwei Wochen dürfte ein endgültiger Entschluß getroffen werden. Der neue Entwurf erbrächt die Bestimmungen, die besagen, daß Deutschland die Bedingungen innerhalb 48 Stunden annehmen muß, und diejenigen des Status für Verletzungen des Friedensvertrages. Im Wortlaut des Repräsentantenhauses sind diese beiden Kategorien von Klauseln beibehalten.

Der Mittelstand macht mobil!

Die Aufstellung der Reichstagskandidaten.

Das Mittelstands-Presse-Büro schreibt uns: Fast gleichzeitig mit dem Westfäl.-Lipp. Handwerkerbund tagte am 27. April in Köln in außerordentlicher Generalversammlung der christliche Mittelstand. Hier wie dort wurde Stellung zum bevorstehenden Wahlkampf und zu der Kandidatenaufstellung genommen. In Köln wurde eine Entschlüsselung angenommen, nach der die bürgerlichen politischen Parteien aufgefordert werden, bei der Aufstellung der Kandidaten der Bedeutung des Mittelstandes als des Rückgrats der bürgerlichen Parteien voll und ganz Rechnung zu tragen. Insbesondere ist die Beräumung der Auffassung, daß nur der Stand als solcher über die Eignung eines Kandidaten zur Berufsausübung zu entscheiden und demgemäß die Aufstellung der Kandidaten seitens der bürgerlichen Parteien nur im Einvernehmen mit dem christlichen Mittelstand erfolgen kann. Gemeinsam ist allen Kundgebungen des Mittelstandes in der letzten Zeit die scharfe Abgabe an die Sozialdemokratie. In der angezogenen Kölner Entschlüsselung heißt es weiter: „Es gilt zur Verhinderung der sozialistischen Mehrheit auch den letzten Bürger an die Wahlurne zu bringen. Unsere Parole lautet: Aufrüttelung des Bürgertums! Die Bürgertum, die Sozialismus!“

So erscheint die Front des Mittelstandes im Wahlkampf völlig geschlossen: Zusammenschluß unter dem Banner des Bürgertums und Einordnung in die bürgerlichen Parteien, von denen hinfiederum: die gebührende Rücksichtnahme auf die Lebensinteressen des Mittelstandes verlangt wird.

Politische Rundschau.

— Mit dem japanischen Dampfer „Ume Maru“ hat sich das Personal der deutschen diplomatischen Mission nach Tokio eingeschifft. Der Geschäftsträger Dr. Solz wird später nachfolgen.

— In Tondern (Nordschleswig) sind gänzlich unerwartet englische Besatzungstruppen in der Stärke von etwa 1000 Mann eingedrückt.

— Vom Paderborner Domkapitel wurde der bisherige Generabilar der Diözese, Dr. Klein, zum Bischof von Paderborn als Nachfolger des letzten Erzbischofs von Köln, Dr. Schulte, gewählt.

— Der Schriftsteller Otto Bassfeld (Soz.) wurde zum kommissarischen Landrat des Kreises Neu-Stettin (Interpommern) ernannt.

— Die belgische Regierung hat beschlossen, daß Wietsch als Amtssprache auf der Eisenbahn, bei der Post und Telegraphie in Eupen einzuführen ist.

— Das eidgenössische Bundesgericht in Zürich hat dem Auslieferungsbefehl der badischen Regierung betreffend den Spartakisten Heinrich Schäffer, der wegen Betrugs verfolgt wird, stattgegeben.

— Der neue Staat Thüringen besteht aus Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Gotha, den beiden Schwarzburg und Meiningen und wird bei rund 11 600 Quadratkilometern (und anderthalb Millionen Einwohnern) die 7. Stelle unter den deutschen Staaten einnehmen.

— Der Umfang des deutschen Vorkriegsheimatlichen Stuhl. Der deutsche Vorkriegsheimatliche Stuhl Herr v. Bergen überreichte am Sonntag dem Papst das Beglaubigungsschreiben. Er dankte dem Papst für seine Bemühungen um den Frieden und für die Kinderhilfe. Der Papst sagte in seiner Erwiderung zu, daß er weiter für die Herbeiführung des wahren Vorkriegsfriedens wirken werde. — Wie die „Kölnische Volkszeitung“ mitteilt, hat der Papst an den Kölner Erzbischof Dr. Schulte eine Spende von 500 000 Lire (1 246 114 Mark) für die notleidenden deutschen Kinder übermitteln lassen.

Letzte Nachrichten.

Die Wahl des neuen Reichspräsidenten. Berlin. Nach einer Bekanntgabe in der Sitzung der Gewerkschaften wird die Neuwahl des Reichspräsidenten in der ersten Augustwoche abgehalten.

Weitere Austritte aus der Demokratischen Partei.

Der Austritt von Berliner und Leipziger Führern aus der Deutschen demokratischen Partei folgen nunmehr auch solche in den kleineren Ortsgruppen in der Provinz. So haben jetzt in Pirna zwei führende Mitglieder, von denen der eine noch im vorigen Jahre auf der Kandidatenliste der Demokratischen Partei stand, ihren Austritt erklärt, und in Dresden ist ebenfalls ein führendes Mitglied, das auch noch bei der Wahl zur Nationalversammlung demokratischer Kandidat war und Syndikus einiger großer Wirtschaftverbände ist, zur Deutschnationalen Volkspartei übergegangen.

Neue Zwischenfälle in Beuthen.

Beuthen, 4. Mai. Im Beuthener Gerichtsgewahrsam forderten einzelne Strafgefangene, die wegen des Richterstreiks nicht abgeteilt werden konnten, daß sie sich an die internationalisierte Kommission wenden könnten mit dem Ersuchen, daß die deutsche Justiz wieder eingesetzt werde. Da dem Verlangen nicht sofort stattgegeben wurde, zerstörten die Gefangenen die Einrichtungen der Zellen und schossen aus den Fenstern. Sicherheitspolizei, die sofort eingriff, machte von den Schusswaffen Gebrauch und stellte im Gefängnis die Ruhe wieder her. Vor dem Gefängnis sammelte sich eine große Menschenmenge an; darunter befindliche Polen nahmen eine drohende Haltung gegen die Sicherheitspolizei an und sympathisierten mit den Gefangenen, die aus den Fenstern riefen. Nachmittags zog eine französische Wache im Gefängnis auf.

Sächsisches.

Tharandt. Der Leiter der Stadtkapelle, Musikdirektor Philipp, ist zum zweiten Male zum Stadtmusikdirektor von Kohlewin gewählt worden. Er wird in Kürze Tharandt verlassen, und ein Teil seiner Musiker wird mit ihm nach Kohlewin übersiedeln.

Reustadt. In der kürzlich abgehaltenen Stadtverordnetenversammlung lag u. a. der Antrag vor, der vor etwa 14 Tagen in Pirna gegründeten Einkaufsgesellschaft m. b. H. mit 10 Anteilnehmern zu je 50 M. beizutreten. Nach längerer Aussprache, in der unter anderem darauf hingewiesen wurde, daß die Stadt Pirna eine Beteiligung ablehnt hat, wurde auch hier der Antrag mit 10 gegen 5 Stimmen abgelehnt.

Delsdorf i. B. Die hiesige „Vogel Jg. u. Tchl.“ schreibt: Die Ablieferung der Gewehre geschieht, wie uns mitgeteilt wird, vielfach „auf Umwegen“. Es wurden in den letzten Tagen bei Feldarbeiten in der Nähe der Stadt mehrfach Gewehre ausgepackt oder an überhängenden Rainen verstreut aufgefunden; auch Schleißen und Feldwegunterführungen waren zu „Gewehrklammern“ umgewandelt worden.

Plauen i. B. Durch die Festschließung der neuen Ortsteile erhöht sich die wöchentliche Ausgabe an Erwerbslosenunterstützung um 42 000 M. Auf 1000 Einwohner entfielen im März 91 Erwerbslose.

— Der vogtländische Touristenverein, dem die Erschließung der vogtländischen Berge und Wälder zu danken ist, konnte den 30. Jahresstag seines Bestehens beenden.

Deutschland als Wirtin der Entente

Nach der Besprechung von San Remo lassen die Alliierten die Pläne fallen. Ihr Plan der wirtschaftlichen Auslösung Deutschlands ist in den Grundlinien festgelegt und was aus den Reden der Ministerpräsidenten und aus der gut unterrichteten Presse der Entente länder in die Öffentlichkeit dringt, genügt, um uns ein Bild der Zukunft Deutschlands zu geben. Man kann es in dürren Worten so zeichnen: Die Entente weiß, daß Deutschland heute wirtschaftlich vor dem Abgrund steht. Geht es so weiter, dann haben die „Sieger“ bald keine Aussicht mehr, irgend welche Entschädigungen oder „Wiedergutmachungen“ zu erhalten. Deshalb wollen sie jetzt beim Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens behilflich sein. Dafür soll Deutschland bis zum 10. Mai eine bestimmte Summe angeben, die es als Entschädigung außererf leisten kann. Die Alliierten werden das Angebot nachprüfen, und wenn die feindlichen Sachverständigen feststellen haben, daß wir tatsächlich nicht mehr zahlen können, dann soll diese Summe angenommen werden. Aber —! Es ist ja der Fall möglich, daß Deutschland sich mit der Zeit erholt und später mehr leisten kann. Für diesen Fall behält sich die Entente vor, dann von Deutschland mehr zu verlangen. Und

damit den Feinden ja nichts entgeht, werden sie „die Entwicklung Deutschlands überwachen“.

Das also ist unsere Zukunft. Der Arbeiter, der Unternehmer, der Erfinder, Wissenschaft und Technik werden in Deutschland nur noch forschen, denken, sinnen und arbeiten, um die Ergebnisse all dieser Tätigkeiten nicht dem eigenen Volke, sondern den Feinden zuzuführen. Wir können uns anstrengen wie wir wollen, die Arbeit steigern, die Technik verbessern, der Mehrwert, der so entsteht, würde nicht dazu dienen, unsere blühende Lage zu erleichtern, nein, er wird von der Entente sofort als Mehrforderung eingezogen. Die Frage drängt sich unwillkürlich auf: Hat es da überhaupt noch Zweck, zu schaffen und zu streben? Für uns, ja, aber für die Feinde tun wir das nicht. Findet sich drüben im Lager der Entente nicht ein maßgebender Kopf, der den Gewalthabern klar macht, daß auf diesem Wege jede Arbeitslust in Deutschland getödtet und jeder Unternehmungsgeist vernichtet wird?

Es ist klar, daß auf diesem Boden der Bolschewismus wieder neu emporsteigen muß. Wir warnen die Alliierten vor einer so kurzschichtigen und tödlichen Politik.

Kirchen-Nachrichten.

Mittwoch, den 5. Mai 1920.
Dippoldiswalde. Abends 8 Uhr Bibelstunde in der Superintendentur: Sup. Michael.

Bärenfels. Abends 8 Uhr Bibelstunde im Schwesternheim.
Donnerstag, den 6. Mai 1920.

Dippoldiswalde. Abends 8 Uhr Männerbibelstunde in der Herberge zur Heimat.

Reinhardtsgrimma. Vormittags 9 Uhr Wochenkommunion.
Schellerhan. Abends 8 Uhr Bibelbesprechung im Pfarrhause.

Freitag, den 7. Mai 1920.

Selbersdorf. Vormittags 10 Uhr Wochenkommunion.

Militär-Verein Dippoldiswalde.

Die Beerdigung unseres Kam.

Karl Börner

aus Oberhäslich findet Donnerstag nachm. 4 Uhr statt. Stellen nachm. 1/2 4 Uhr Gasthaus zur goldenen Sonne. D. B.

Hausmädchen.

Kleines, sehr ordentl. Mädchen mit Kochkenntnissen (ober Mittw.) zum 1. oder 15. Juni gesucht. Die Stelle ist dauernd. Guter Lohn und gute Kost.

Erholungsheim der Staatseisenbahn, Rippdorf (früher Hotel Fürstenhof).

Sämtliche Toilette- artikel

Seifenpulver, Seifenblätter, Seifen, sowie alle zur Wasche gehörigen Artikel.

Schaumcreme, Seifenpulver, Seifenblätter, Seifen, sowie alle zur Wasche gehörigen Artikel.

Hermann Rommelspacher, Drogerie zum Elefanten.

Seife,

Seifenpulver, Seifenblätter, Seifen, sowie alle zur Wasche gehörigen Artikel.

Schaumcreme, Seifenpulver, Seifenblätter, Seifen, sowie alle zur Wasche gehörigen Artikel.

Hermann Rommelspacher, Drogerie zum Elefanten.

Parfüms,

Haarwasser, Brillantine, Zahnpulver, Zahncrème, Haarbürsten, Rämme, Haarschmud, Haarseife, Manikures, Spiegel sowie alle anderen Toiletteartikel zu billigen Preisen empfiehlt

Spezial-Seifen- und Parfümerie-Geschäft Gertrud Hach, Markt 28.

Hamsterfelle

kauf zu höchsten Preisen Max Arnold, an der Post.

Prächtiges Haar erzeugt Dr. Busch's Birkenwasser b. Herm. Rommelspacher, Drogerie zum Elefanten.

Heute

empfehlen

Aufforderung!

Hierdurch erlaube ich alle, die meinem am 17. März d. J. verstorbenen Gatten Paul Richard Herz Beträge schuldig sind oder Ansprüche an ihn haben, sich bis zum 31. Mai d. J. bei mir oder dem zuständigen Nachlassgericht (Amtsgericht) in Dippoldiswalde zu melden.

Vorwerk Reinholdsbahn, den 3. Mai 1920.

Frau Olga verw. Herz, zugleich im Namen ihrer Tochter.

Geldschranke

im Preis von 3500 Mark an. Kassetenschrank 1100 Mk., Mauerkasseten 450 Mk., Mauerkränze 850 Mk., Feuer-Schuttschrank 650 Mk. Fabrik Arnold, Dresden, Schillerstr. 16.

Hermisdorfer Weißkalk

trifft heute ein Richard Piehsh.

Militärstiefel und -schuhe

billig zu verkaufen. Zu erfahren in der Geschäftsstelle.

Wegen Mühlenabbruch

sofort zu verkaufen: 2 Vorricht., 2 Schrotmaschinen, 1 Schrotmühlensystem mit Trieur, 1 Spitzgang mit Schälmaschine usw. Mühle Böhlaus b. Dresden, Loschwitz Str. 42.

Eine Wagenwinde

mit den Buchstaben „R. S.“ auf dem Wege von Altenberg nach Albersdorf verloren. Gegen Belohnung abzugeben im Sägewerk Albersdorf.

Wanzen! Käfer!

tötet radikal, „Discret“. Bei Herm. Rommelspacher, Drogerie zum Elefanten.

Für Landwirte! 2 hochtragende Stuten

(Belgier und Holsteiner) in nächster Zeit abholend, stehen zum Verkauf oder Tausch gegen ein anderes Pferd. Dresden-N., Werderstraße 33 (Nähe Hauptbahnhof). Tel. 21 612.

Häcksel

empfehlen R. Oppelt, Dippoldiswalde. Telefon 162.

Guterhaltene Garnitur (1 Sopha mit 2 Sesseln) preiswert zu verkaufen bei Oskar Radestock, Postermöbelgeschäft.

Prima frischen Schellfisch, ff. Bücklinge

Empfehlen Ewald Heilmann, Freiburger Platz 228.

Herzlichen Dank

lagen wir dem geehrten Landwirtschaftlichen Verein Reinhardtsgrimma und Umgegend für die uns am 30. April 1920 als Auszeichnung für langjährige treue Dienste verliehenen Ehrenurkunden und unseren verehrten Dienstherren für die namhaften Geschenke.

In Dankbarkeit werden wir stets des festlichen Tages gedenken!

Clara Melchior, bei Herrn Gutsbel, Max Böhme, Ida Köhler, bei Herrn Gutsbel, Otto Vogler, Eddy Junge, bei Herrn Gutsbel, Bruno Junke, Martha Ebert, bei Herrn Gutsbel, Bruno Junke, Elna Kühnel, bei Herrn Gutsbel, Bruno Diebler, Ella Ebert, bei Herrn Gutsbel, Richard Löbe, Flora Hartmann, bei Herrn Gutsbel, Ernst Wähle, Martha Frauenstein, b. Herrn Gutsbel, Ewald Steinich, Frieda Lehmann, b. Herrn Gutsbel, Curt Fischer, Erich Rommelspacher, bei Herrn Gutsbel, Herm. Friebe, Gundersdorf.

Charlotte Better, bei Herrn Gutsbel, Hugo Jungnickel, Frieda Böttcher, bei Herrn Gutsbel, Max Zicharschuh, Eddy Illgen, bei Herrn Gutsbel, Oswald Stegner, Martin Aretschewsky, bei Herrn Gutsbel, Rich. Walthers, Reinhardtsgrimma.

Alfred Lauterbach, bei Herrn Gutsbel, Hellmut Bode, Paul Rördis, bei Herrn Gutsbel, Hellmut Bode, Benno Jilcher, bei Herrn Gutsbel, Otto Friebe, Hausdorf.

Frieda Schneider, bei Herrn Gutsbel, Gustav Claus, Frieda Lehner, bei Herrn Gutsbel, Ernst Zicharschuh, Hermisdorf.

Elisabeth Forster, bei Herrn Gutsbel, Albert Herfurth, Albin Straube, bei Herrn Gutsbel, Albert Herfurth, Niedertraudendorf.

Herbert Töpfer, bei Herrn Gutsbel, Ernst Donath, Hirschbach.

Helle Fabrik

1200-1500 qm Arbeitsfläche, mit Dampfheizung und elektr. Anschluss zu kaufen oder pachten gesucht. Gest. Ang. unter „C. 562“ an Ala-Haasenstein & Vogler, Dresden.

Kohlenbezug.

Um Irrtum zu begegnen, geben wir unserer Rundschau von Stadt und Land bekannt, daß eine Neu-Anmeldung auf Kohlenbezug nach wie vor bei allen zum Kohlenhandel zugelassenen Händlern bewirkt werden kann, und bitten wir um rechtzeitige Anmeldung.

Hochachtungsvoll

Freie Vereinigung der Holz- und Kohlenhändler von Dippoldiswalde u. Umg.

Kartoffelpflanz- lochmaschinen

empfehlen
Maschinenfabrik Dippoldiswalde
Erich Böhme.

Geschöbtes Schüttstroh

sucht zu kaufen oder gegen das 1/2 fache Gewicht Breitbruststroh umzutauschen.

Jädel, Vorwerk St. Nikolai, Dippoldiswalde.

Schlacht- pferde

läuft Herr. Egar, Hühnerhändler, Dippoldiswalde, Markt 28, Telefon 80.

Bei Nachschaltung sofort zur Stelle. Nachmittags vorhanden.

Frischer Schellfisch, ff. Bücklinge

eingetroffen bei
Johannes Bemann,
Ad. Grahl Nachf.,
Freiberger Str.

1 automatische Personenwagen und 1 Postkarten- Automat

zu verkaufen. Angeb. erbeten an
Kites Forsthaus,
Bärenfels bei Alsdorf.

Für die uns anlässlich unserer Silberhochzeit

dargebrachten Ehrungen und Geschenke seitens der Kinder, Verwandten, Freunden und Bekannten sagen wir hierdurch unsern tiefgefühltesten Dank.

Höckendorf, am 28. April 1920.

Max Büttner
und Frau Selma, geb. Fuchs.

Statt Karten!

Für die uns bei unserer in aller Stille vollzogenen Vermählung in so reichem Maße dargebrachten zahlreichen Glückwünsche, Ehrungen und wertvollen Geschenke sagen wir nur hierdurch zugleich im Namen unserer lieben Eltern allen unsern herzlichsten Dank.

Sabisdorf, den 2. Mai 1920.

Oskar Kaiser und Frau Meta geb. Golbe.

Statt Karten!

Für die uns bei unserer in aller Stille vollzogenen Vermählung unerwartet dargebrachten Ehrungen und wertvollen Geschenke sprechen wir hiermit allen unsern herzlichen Dank aus.

Ruchau, den 4. Mai 1920.

Richard Pöschel
und Frau Flora verw. gew. Köhler.

Schützenhaus Dippoldiswalde.

Montag den 10. Mai

Auftreten von Ose. Junghähnel's Sänger und Schauspieler.

Eintritts-Preise:

Spezial (numm.) Vorverkauf Mk. 3.-, an der Kasse Mk. 4.-. Saalplatz Vorverkauf 1.75 Mk., an der Kasse Mk. 2.50 ohne Billetsteuer. Vorverkauf im Konzerttotal und bei Freiseur Stephan.

Futter- und Streu stroh

bietet an
Pfund's Mollerhof,
Reinholdsbahn.

Eine Mehlsicht- maschine

ganz neu, preiswert zu verkaufen.
Zu erf. in der Geschäftsstelle.

Allen lieben Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß heute früh 1/2 2 Uhr mein lieber Gatte, unser guter, treuherziger Vater, Schwieger- und Großvater, Bruder, Onkel und Schwager

Karl Gottlob Börner,

Veteran von 1870/71,

im 72. Lebensjahre nach einem mit Geduld getragenen Leiden sanft und ruhig entschlafen ist.

Oberhäslich, den 3. Mai 1920.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Donnerstag nachm. 3 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Zurückgekehrt vom Grabe meiner geliebten Gattin, unserer lieben Mutter, Schwieger-, Groß- und Urgroßmutter sprechen wir allen lieben Verwandten, Bekannten und Nachbarn für die Beweise liebevoller Teilnahme und für unentgeltliches Tragen den herzlichsten Dank aus.

Reichstädt, den 30. April 1920.

Der trauernde Gatte

Hilfsmüller Friedrich Berndt

nebst Kindern und den anderen Hinterbliebenen.

Für die überaus zahlreichen wohlthuenden Beweise der Liebe und Teilnahme bei dem viel zu frühen Hinscheiden meines unvergesslichen lieben Gatten, unseres guten Vaters

des Gerichtskassars I. R.

Alfred Schönfelder

sagen wir nur hierdurch allen aufrichtigen und herzlichsten Dank.

Dippoldiswalde, den 4. Mai 1920.

Margarete Schönfelder,
Irene und Ruth Schönfelder.